

Stellungnahme HH Satzung 2012

Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wie uns die Stadtverwaltung mitgeteilt hat, ist nach neuer Schätzung eine Einnahmeverbesserung gegenüber der Nachtragssatzung in Höhe von 2,3 Millionen Euro zu verzeichnen.

Daraus ergibt sich eine tatsächliche Verschuldung der Stadt von 6,8 Millionen Euro.

Auch hat man uns gegenüber versichert das man nicht an eine Darlehensaufnahme denkt.

Und wir das Jahresergebnis abwarten.

Dennoch steht im HH eine Darlehensaufnahme von 1,2 Millionen , trotz **Bitte** des Gemeinderates strenge Ausgabendisziplin zu halten, **Alle** im HH stehenden Posten neu zu bewerten und überall eine Einsparung in Höhe von 10 % zu erzielen.

Das ist nur zum Teil schlüssig.

Auch wurde gesagt das die Stadtverwaltung die, von der Landesregierung zugesagten Summe in Höhe von ins gesamt: circa 1,2 Million **Nicht** in den HH einpflegen kann, weil der Druckauftrag schon raus ist.

Auf Frage ob man den HH ins nächste Jahr verschieben kann um erneut in die Beratung gehen zu können, es besteht nicht nur bei der Fraktion B 90 / Grün Beratungsbedarf, wurde uns mitgeteilt , es sei nicht notwendig.

Sollte es zu einem Antrag der CDU kommen bezüglich Verschiebung des Haushaltes werden wir uns dafür aussprechen.

Wir sind sehr Unzufrieden mit dem Ablaufdauer der Verwaltungsausschusssitzung und hätten gerne ein mehr an Sitzungen

gehabt, war zeitlich nicht zu machen, wir haben daher auch angeregt für nächstes Jahr eine HH Klausur anzustreben um im Detail uns Gedanken zu machen:

Wohin gehen wir eigentlich? Offene Fragestellung:

Wie wir schon in der Nachtragsatzung in unserer Stellungnahme angeregt haben, wünschen wir uns eine Aussprache über **die politische Steuerung des städtischen HH** .

Um die kommunalen Leistungen – und damit so große gesellschaftliche Aufgaben

Wie: Armutsbekämpfung, Integration, Umwelt- und Klimaschutz – dauerhaft zu finanzieren, sind alle staatlichen Akteure gefordert: indem sie die öffentlichen Haushalte konsolidieren, das Gemeindefinanzsystem anpassen und die staatliche Finanzierung und Förderung auf nachhaltige Entwicklung hin umorientieren.

Zunächst müssen die Kommunen selbst ihren Beitrag zu ausgeglichenen, **generationengerechten** Haushalten leisten, indem sie etwa **Wirkungsanalysen** und **Aufgabenkritik** durchführen, ihre Auf- und Ausgaben langfristig planen und für größere Kostentransparenz sorgen .

Eine Haushaltsleitlinie muss her.

Nachhaltiges Wirtschaften, im Sinne einer Balance zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Faktoren, vor dem Hintergrund der Finanzkrise und sonstigen kommunalen Belastungen.

- Konzentration auf die Wirkung der Leistungen für die Bürger (Denken und Handeln aus Sicht des Bürgers)
- Konzentration auf Kernaufgaben
- Pflichtaufgaben haben absoluten Vorrang vor freiwilligen Aufgaben
- Kontinuierliche Überprüfung von Gebühren und Entgelten

Hierzu bedarf es Antworten.

Auch und gerade in Zeiten knapper öffentlicher Finanzmittel ist zielgerichtetes Handeln notwendig. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, müssen sich Politik und Verwaltung gemeinsam mit der Bürgerschaft auf die wichtigsten Ziele und Aufgaben verständigen.

Zum Erhalt der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung sind konsequente Einsparungen und Effizienzsteigerungen nötig. Dazu muss die Stadtverwaltung diese Ausgaben möglichst transparent machen.

Auch diese Transparenz wurde nicht erreicht.

Beispiel Stellenschaffung indirekt, Verbuchungen von beweglichen Gegenständen usw.

Wie sieht es mit dem Personalstand der Stadt aus? Über Jahre wurde mir mitgeteilt keine Personalvermehrung, man kommt zurecht. Es wurde mir aufgezeigt, durch schieben von Stunden, wie man das alles bewältigt und zieht man ein Fazit wurden, wie die CDU Fraktion schon eruiert hat, x Stellen geschaffen, indirekt. So können und wollen wir nicht mit der Stadtverwaltung arbeiten. Das ist nicht transparent.

Die große Fraktion hat dies schon veröffentlicht, hinreichend.

Ist es in der heutigen Zeit richtig, einen großen Teil Menschen mit **handicap** von Veranstaltungen auszuschließen, weil die Räumlichkeiten es nicht zulassen? Sucht man hier Wege? Siehe Karl-Wörn-Haus

Ist es angebracht Ämtern innerhalb der Stadtverwaltung Ausstattungen zu untersagen, die diese benötigen, wenn diese

Ausstattungen ordnungsgemäß angemeldet werden und wie gehen wir damit um wenn dies nicht der Fall ist?

Fragen über Fragen.

Jede Entscheidung, die Politik und Verwaltung einmal getroffen haben, **muss** in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Stimmen die Annahmen und Rahmenbedingungen, die der Entscheidung zugrunde lagen, immer noch?

Wir benötigen Prüfinstrumente welche sind :
Analysieren, Planen, Umsetzen, Überprüfen.

Auch dies hat nicht stattgefunden.

Wir wollen einen Generationengerechten Haushalt aufstellen der nachhaltig ist, wir wollen keine Schuldenlast unseren Nachfolger hinterlassen, sie hätten dann ihrerseits keinerlei Möglichkeiten mehr einen Haushalt zu politisch zu steuern.

Und weil eben diese Fragen vollkommen offen bleiben und man sich **nicht** in der Notwendigkeit befunden hat, ein mehr an Beratung zuzulassen , hier noch eine Zwischenbemerkung :auf Druck der Fraktionsführer wurde die gedruckte Version des HH doch frühzeitig an die Fraktionen versendet, die Versendung war einen Tag vor der Sitzung geplant, meiner war irgendwie verdrückt im Briefkasten ohne Hülle, auch das sagt schon sehr viel aus was die Sorgfalt angeht.

Wird sich die Fraktion Bündnis 90 / Grüne bei der Abstimmung enthalten.

Noch ein Wort zu der Stellungnahme der SPD in der Presse:

Das Sie einen **Eckwertebeschluß** , so heißt das wenn man einen politisch gesteuerten Haushalt anstrebt, als Populismus hinstellen, hat gezeigt das Sie das **nicht verstanden** haben und auch sie dringend ein mehr an Beratungen zum Haushalt benötigen.

Die CDU hat einen Eckwert der Nullverschuldung angestrebt und das findet unsere Zustimmung.